

Im Fokus

Neue Methoden zur Steigerung der Bildungsqualität an chinesischen Hochschulen

Katrin Willmann

New Approaches to Improve Education Quality in Chinese Higher Education

Abstract

The state council announced to slow down the speed of expansion in higher education and to focus more on education quality. Although the improvement of education quality isn't really a new target within the Chinese higher education policy, the article shows that there seems to be a shift in the strategy how to achieve the goal of higher education quality. This shift means a move away from process-oriented higher education expansion towards an outcome-oriented improvement of education quality.

Key words: higher education, education policy, education quality, education quantity, labour market, China

Einleitung

In der VR China spitzt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen zu. Wie dem Bericht der Staatlichen Reform- und Entwicklungskommission zur Arbeitsmarktentwicklung im ersten Quartal 2006 zu entnehmen ist, werden rund 1,67 Mio. Hochschulabsolventen, also 22% weniger als im Vorjahr, auf dem Arbeitsmarkt benötigt. Gleichzeitig steigt in diesem Jahr die Absolventenzahl um 22% auf 4,13 Mio. Damit werden 60% der Hochschulabsolventen keinen Arbeitsplatz finden (C.a., 3/2006, S. 132-133). Mitte Juni 2006 zeigte sich exemplarisch, wie sehr der Beschäftigungsdruck von den Studenten wahrgenommen wird und

welches Potenzial darin für eine mögliche Ausweitung gesellschaftlicher Proteste steckt. Mehrere Tausend Studenten randalierten auf dem Unigelände des Shengda Economics, Trade and Management Colleges in Longhu nahe Zhengzhou, der Hauptstadt der zentralchinesischen Provinz Henan, gegen die befürchteten schlechteren Arbeitsmarktchancen durch eine Namensänderung auf den Diplomurkunden (IHT, 21.6.06).¹

Vor diesem Hintergrund und nach Vorlage des Arbeitsberichts zur Tertiärbildung Mitte Mai 2006 entschied der Staatsrat unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Wen Jiabao, trotz der neuerlichen Erfolgsmeldungen über die Bildungsausweitung im Hochschulwesen, die Expansionsgeschwindigkeit im Hochschulbereich künftig durch Zugangsbeschränkungen stärker kontrollieren zu wollen. Diese Maßnahme begründete er damit, dass das Angebot an Hochschulabsolventen nicht mehr der Nachfrage des Arbeitsmarktes entspreche und die Qualifikation der Hochschulabsolventen nicht adäquat sei, um die Entwicklungsstrategie eigenständiger Innovationen erfolgreich umsetzen zu können (MOE 2006; Cody 2006). Im vorliegenden Beitrag wird dargelegt, dass Bildungsqualität zwar kein neuer Bestandteil der chinesischen Hochschulpolitik ist, angesichts des *mismatches* aber ein Strategiewechsel bei der Gewährleistung und Verbesserung von Bildungsqualität eingeleitet wird. So stehen bei der Umsetzung von Bildungsqualität nun nicht mehr nur die quantitative Ausweitung der Tertiärbildung, sondern die Erfolge bei der Integration der Absolventen in den Arbeitsmarkt im Vordergrund.

Quantitative Ausweitung der Hochschulbildung

Seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik Ende der 1970er Jahre erfuhr das chinesische Hochschulwesen unter dem Leitmotiv „Massenbildung (*dazhong jiaoyu*) statt Elitebildung (*jingying jiaoyu*)“ tief greifende Veränderungen. Die Hochschulreformen umfassten dabei schwerpunktmäßig die Erhöhung der Zahl der Hochschulen sowie der Studentenzahl, aber auch die Modifizierung der Fächerstruktur, die Neuordnung des Verwaltungs- und Finanzierungssystems sowie Qualitäts- und Effizienzsteigerungen an den Hochschulen. Analysen des chine-

¹ Das Shengda Economics, Trade and Management College hatte seine hohen Studiengebühren damit gerechtfertigt, dass in den Diplomurkunden der Absolventen im Gegenzug nur der Name der renommierten, zentralstaatlich verwalteten Zhengzhou Universität aufgeführt werden würde. Diese Regelung weichte die Hochschulleitung nun auf und fügte auf der Diplomurkunde das Wort "Shengda" hinzu.

sischen Hochschulsystems heben vor allem die erfolgreiche Bildungsexpansion hervor. So wuchs die Gesamtzahl der Studenten von 2,3 Mio. im Jahr 1978 um das 9,1fache auf 21 Mio. im Jahr 2004. Im Jahr 2005 lag die Gesamtzahl der Hochschulstudenten gemäß des Arbeitsberichts zur Tertiärbildung sogar bei 23 Mio. (MOE 2006). Darin enthalten ist die Zahl der eingeschriebenen Studenten des vierjährigen Studiums bis zum Abschluss des Bachelor, die mit 856.300 Studenten zu Beginn der Wirtschaftsreformen im Jahr 1978 und 13,3 Mio. in 2004 um mehr als das 15fache stieg. Noch deutlicher veranschaulicht die Zahl der Master- und Promotionsstudenten im Postgraduiertenstudium die enorme Bildungsexpansion. Sie stieg innerhalb desselben Zeitraums von 10.934 auf 819.896, und damit um das 75fache. Als weitere Kennziffer der Ausweitung des Hochschulwesens gilt die Zahl der Hochschulen, die sich von 598 im Jahre 1978 auf 1.731 im Jahre 2004 nahezu verdreifachte. Ebenso wuchs die Zahl der vollzeitbeschäftigten Lehrer an regulären Hochschulen und Universitäten im selben Zeitraum von 206.000 auf 858.000 und vervierfachte sich damit (siehe Tabelle 1).

Tab. 1: Kennziffern des Hochschulwesens

Jahr	Studenten insgesamt*	Studenten im BA-Studium	Studenten im Postgraduiertenstudium	Zahl der Hochschulen	Zahl der vollzeitbeschäftigten Hochschul-lehrer
1978	2.275.234	856.300	10.934	598	206.000
2004	21.121.625	13.334.969	819.896	1.731	858.000

Anm.: * Bei der Gesamtzahl der Studenten werden neben Studenten an regulären Hochschulen auch Studenten in der Erwachsenenbildung, im Fernstudium und an privaten Hochschulen mitgezählt. Alle anderen Angaben beziehen sich gemäß der offiziellen chinesischen Statistik nur auf reguläre Hochschulen und Universitäten.

Quelle: DDPME 2004: 8, SSB 2005: 691, 695.

Ein Blick auf den Zeitverlauf der Hochschulexpansion zeigt, dass sie, obgleich der Hochschul- und der Mittelschulbildung im Vergleich zur Elementarbildung bereits zu Beginn der Wirtschaftsreformen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde, in den 1990er Jahren eine außerordentlich umfassende Aufwertung erlebte. Stand in den 1980er Jahren bildungspolitisch noch die Neugründung tertiärer Bildungseinrichtungen im Vordergrund, sollte die Ausweitung des Hochschulwesens in den 1990er Jahren vielmehr innerhalb des gegebenen Rahmens durch Rationalisierung und Effizienzsteigerung erzielt werden. Die rein quantitative

Ausweitung des Hochschulsektors verlangsamte sich daher Mitte der 1990er Jahre wieder. Stattdessen verfolgte die Regierung die Ziele, sich dem internationalen Wettbewerb und den neuen Anforderungen im Zeitalter der Globalisierung anzupassen sowie die weitere wirtschaftliche Entwicklung abzusichern. Dazu initiierte sie im Jahr 1993 das „Projekt 211“. Dieses beinhaltet die Förderung von 100 Spitzenuniversitäten und -hochschulen, die im 21. Jh. im naturwissenschaftlich-technischen Bereich Weltniveau erreichen sollen (C.a., 1993/7, Ü 15; 1998/6, Ü 13). 1997 formulierte der damalige Staats- und Parteichef Jiang Zemin zudem die Strategie „Wissenschaft und Bildung bringen das Land zur Blüte“ (*kejiao xingguo*), die fortan die neue Modernisierungspolitik symbolisierte und die herausragende Bedeutung von Bildung insgesamt hervorhob.

Im Jahr 1999 zog der „Aktionsplan für den Aufschwung des Bildungswesens im 21. Jh.“ eine Phase der extremen quantitativen Expansion des Hochschulwesens nach sich. Dieser hatte den beschleunigten Ausbau der Hochschulbildung, die Beschleunigung der Hochschulreform sowie die Steigerung der Qualität und Effektivität der Hochschulbildung zum Ziel (C.a., 1999/3, Ü 14). Während die Ausweitung der Tertiärbildung von 1995 bis 1998 mit jährlichen Wachstumsraten von 3 bis 7% eher graduell verlief, führte die Strategie der Beschleunigung zu einem sprunghaften Anstieg der Immatrikulationsraten. Die jährlichen Wachstumsraten liegen seither zwischen rund 20 und 40%. Allein in einem Zeitraum von vier Jahren zwischen 1998 und 2002 machte die Zahl der Studenten in regulären Universitäten und Hochschulen einen Sprung um das 2,6 fache. Die Vorgabe der chinesischen Regierung, bis zum Jahr 2010 eine „Massenhochschulbildung“ (*gaodeng jiaoyu dazhonghua*) zu erreichen, definiert als 15prozentiger Anteil der Jugendlichen mit tertiärer Bildung relativ zu ihrer Alterskohorte zwischen 18 und 22 Jahren, konnte im Zuge der Umsetzung des Aktionsplanes bereits acht Jahre früher im Jahr 2002 verwirklicht werden (Gao 2004: 219ff.; Bai 2006: 129ff.). Zwar ist seit dem Jahr 2001 wieder ein allmähliches Sinken der Wachstumsraten zu erkennen, die absoluten Zahlen bleiben jedoch weiterhin hoch. Allein zwischen 2000 und 2004 verdoppelte sich die Zahl der Studenten in regulären Universitäten und Hochschulen (siehe Tabelle 2).

Trotz der deutlichen Impulse, die von der chinesischen Bildungspolitik ausgehen, sollte nicht versäumt werden, die gesellschaftlichen Einflussfaktoren auf die Bildungsausweitung im Tertiärbereich zu berücksichtigen. So ist auf die gestiegene Investitionsbereitschaft chinesischer Familien in eine höhere Bildung ihrer Kinder hinzuweisen, die damit die Weichen für einen besseren Arbeitsplatz, vor allem

in den wirtschaftlich am besten entwickelten Küstenprovinzen, für ein höheres Einkommen und sozialen Status stellen möchten.

Tab. 2: Entwicklung der Studentenzahl an regulären Universitäten und Hochschulen*

Jahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Studentenzahl (in Mio.)	2,9	3,0	3,2	3,4	4,1	5,6	7,2	9	11,1	13,3
Jährliches Wachstum (in %)	3,6	3,4	6,6	6,3	20,6	36,6	28,6	25,0	23,3	19,8

Quelle: Eigene Berechnung nach SSB 2005: 692.

*: Die Daten zu regulären Universitäten und Hochschulen umfassen keine Studenten in der Erwachsenenbildung, im Fernstudium und an privaten Hochschulen.

Bildungsqualität als Bestandteil der Hochschulpolitik

Eine Analyse der chinesischen Hochschulpolitik und der öffentlichen sowie bildungspolitischen Diskussion der vergangenen zwei Jahrzehnte zeigt deutlich, dass die Anhebung der Bildungsqualität (*jiaoyu zhiliang*) in den genannten unterschiedlichen Aspekten nicht nur immer wieder thematisiert und gefordert wurde, sondern auch regelmäßig Bestandteil der Hochschulreformen war. Reformen wie die Dezentralisierung der Hochschulverwaltung und der Hochschulfinanzierung sowie die Zulassung von privaten tertiären Bildungsträgern waren sowohl veranlasst worden, um die Hochschulbildung auszuweiten, als auch, um die Bildungsqualität anzuheben.

Zur Verbesserung von Bildungsqualität werden in der bildungsökonomischen Literatur verschiedene Indikatoren herangezogen. Zum einen werden die notwendigen systemischen Voraussetzungen und Reformen analysiert. Hierzu zählen die Stärkung des Politik- und Planungsumfeldes auf der Zentral- sowie auf der Lokalebene, die Entwicklung und Implementierung geeigneter Curricula und Textbücher sowie die Stärkung der Forschung und Weiterentwicklung von Bildungsqualität. Zum anderen wird die bedeutende Rolle der Lehrer und des Unterrichts untersucht. So sollte im Hinblick auf die Steigerung der Bildungsqualität neben der Ausweitung der Lehrerschaft pro Schüler ihre Aus- und Weiterbildung im Zentrum der bildungspolitischen Bemühungen stehen und Motivationsanreize

geschaffen werden. Darüber hinaus stellen das Management von Lehre und Lernen in den einzelnen Bildungsinstitutionen sowie die Kontrolle und Nachhaltigkeit der Qualitätsverbesserungen wichtige Ansatzpunkte zur Verbesserung der Bildungsqualität dar (Chapman/Adams 2002). Im Folgenden werden diese Indikatoren im Hinblick auf das chinesische Hochschulsystem überprüft.

Rahmenbedingungen

Nahezu zeitgleich zum „Aktionsplan für den Aufschwung des Bildungswesens im 21. Jahrhundert“ vom März 1999, der konkretere Anweisungen zur Ausweitung der Bildungsbeteiligung im tertiären Bildungssektor gab, legte die chinesische Regierung mit dem „Beschluss zur Vertiefung der Bildungsreform und die umfassende Förderung qualitativer Bildung“ im Juni 1999 seine modifizierte bildungspolitische Richtung fest. Dabei setzte sie ihren Akzent nicht mehr nur auf die Erreichung der grundlegenden Bildungsziele – die Einführung der neunjährigen Schulpflicht und die Abschaffung des Analphabetentums –, sondern auf die Qualitätsbildung (C.a., 1999/6, Ü 13).

Schlüsseluniversitäten

Trotz der beschleunigten Bildungsexpansion seit dem Jahr 1999 war die Förderung von Schlüsseluniversitäten ebenfalls weiterhin Bestandteil der chinesischen Bildungspolitik. Fünf Jahre nach dem „Projekt 211“ wurde im Jahr 1998 ein weiteres Projekt initiiert, das dezidiert der Qualitätssteigerung einzelner Hochschulen dient. Innerhalb des „Projekts 985“ kommt die staatliche Förderung in Abgrenzung zum „Projekt 211“ Eliteuniversitäten zugute. Diese hoben sich u.a. hervor durch besondere Leistungen in mehreren ausdrücklich geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern, exzellente Professoren und Wissenschaftler sowie wissenschaftliche Auszeichnungen und Projekte, die über die staatlichen Wissenschaftspläne und Förderorganisationen unterstützt werden (C.a., 2003/5, Ü 21).

Verwaltungsreform

Die Hochschulverwaltungsreform trägt seit Anfang der 1990er Jahren dazu bei, die Zuständigkeit der zentralen Institutionen im Hochschulbereich und die Segmentierung der Verwaltungskompetenzen zwischen einer Vielzahl von zentralen

Organen und Organen auf der Provinzebene einzugrenzen. Des Weiteren stärkt die Verwaltungsreform die Hochschulautonomie und ermöglicht so, dass sich einzelne Hochschulen an den jeweiligen lokalen Bedürfnissen orientieren und neue Studiengänge einrichten. Im Zeitraum von 1990 bis 2004 sank die Zahl der allein auf Zentralebene verwalteten regulären Hochschulen von 354 auf 111; gleichzeitig stieg die Zahl der auf Provinz- und Stadtebene verwalteten regulären Hochschulen von 721 auf 1394. Im Jahr 2004 wurden nur noch rund 6% der regulären Tertiärbildungsinstitutionen allein von zentralen Institutionen verwaltet (OECD 2003: 13; SSB 2005: 695). Abgesehen von dem Übergang der Zuständigkeiten auf untere Verwaltungsebenen begünstigte die Verwaltungsstrukturreform daneben die Zusammenlegung mehrerer Hochschulen, die Schließung redundanter Bildungsinstitutionen mit geringerer Ausbildungsqualität und die vermehrte Kooperation zwischen Hochschulen der gleichen Verwaltungsebene sowie mit wissenschaftlichen Institutionen und Unternehmen (C.a., 1998/1, Ü 18).

Finanzierung

Mit der Verwaltungsreform war ferner die Dezentralisierung der Hochschulfinanzierung verbunden. Seit dem Übergang der Verwaltungshoheit auf die Provinzebene müssen sich die Provinzen an der Finanzierung der unterstellten Hochschulen beteiligen. Aufgrund dieser neu geforderten Kostenbeteiligung streben die Lokalregierungen danach, eine ihrer Einnahmequellen zu diversifizieren, und erhöhen deshalb als Kompensation für die gleichzeitig geringer werdenden staatlichen Zuwendungen den Drittmittel- und Spendenanteil. Außerdem bemühen sich die Hochschulen seither um zusätzliche Finanzmittel, indem sie Unternehmen auf dem Campus gründen, die das Wissenspotenzial der jeweiligen Hochschulen nutzen. Infolge des Hochschulgesetzes aus dem Jahr 1998 ist es den Hochschulen überdies erlaubt, Gebühren für alle Studiengänge zu erheben und sich damit eine weitere Einnahmequelle zu eröffnen, die zur Verbesserung der Bildungsqualität eingesetzt werden kann (C.a., 1998/8, Ü 9).

Nichtstaatliche Hochschulen

Nichtstaatliche Hochschulen und private Institutionen innerhalb staatlicher Hochschulen wurden bereits zu Beginn der Wirtschaftsreformen 1978 zugelassen, seit Mitte der 1990er Jahre wurden sie aber stärker gefördert. Im Jahr 2003 folgte das

„Gesetz zur Förderung der Privatbildung“. Private Hochschulen können Lerninhalte nun flexibler und aktueller gestalten, um die Qualifikation der Absolventen zu verbessern und sie an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes anzupassen. Ebenso erhöhen private Hochschulen zum Wohle der Qualitätssteigerung den Wettbewerb zwischen staatlichen und nichtstaatlichen tertiären Bildungseinrichtungen, sofern die Abschlüsse der nichtstaatlichen Hochschulen den staatlichen gleichgestellt sind. Im Jahr 2004 wurden 1.413 nichtstaatliche Hochschulen betrieben (SSB 2005: 695). Die Zahl derjenigen nichtstaatlichen Hochschulen, deren Abschlüsse anerkannt waren, lag im Jahr 2003 bereits bei 1.277 (C.a., 2004/7, Ü 11).

Lerninhalte und -methoden

Seit Ende der 1980er Jahre werden Qualifikationsstandards erarbeitet, Lehrinhalte und Fächerstrukturen angepasst und neue Lehrmethoden angewandt. Nach 1987 und 1993 wurde der Studienfächerkatalog 1998 ein weiteres Mal zugunsten von Schlüsselqualifikationen inhaltlich überarbeitet und die Anzahl der Fächer reduziert (C.a., 1998/7, Ü 11). Die Lehrmethoden wurden dahingehend reformiert, dass der Unterricht weniger vortragend und konfrontativ, stattdessen zunehmend integrativ und diskursiv gestaltet ist und die Studenten problemlösungsorientierter und kreativer arbeiten und lernen.

Zahl und Qualität der Lehrkräfte

Die Zahl der Lehrer in regulären Hochschulen und Universitäten und die pädagogischen Ausbildungsstandards wurden im Zuge der Hochschulreformen kontinuierlich angehoben (siehe Tabelle 1). Hochschullehrer benötigen gemäß dem Hochschulgesetz von 1998 den Abschluss eines Postgraduiertenstudiums oder eines Bachelorstudiums und pädagogische Fähigkeiten als formale Qualifikation. Fehlende formale Abschlüsse können durch staatliche Eignungsprüfungen kompensiert werden (C.a., 1998/8; Ü 9). Der „Beschluss des ZK und des Staates über die Vertiefung der Bildungsreform und die umfassende Förderung qualitativer Bildung“ vom Juni 1999 widmet den Lehrern und der Anhebung ihrer Qualität ein eigenes Kapitel. Demnach müssen sie ihre fachlichen Kenntnisse ständig erweitern und lebenslanges Lernen praktizieren (C.a., 1999/6, Ü 13). Um einen Anreiz für eine qualitativ hochwertige Lehre zu schaffen, stellten die Zentralregierung sowie die Provinzregierungen Ende 1999 zusätzliche Mittel zur Finanzierung leistungsbezogener Gehaltszulagen bereit. Daneben locken Gewinnbeteiligungen

an den Erträgen aus umgesetzten Forschungsergebnissen (C.a., 1999/12, Ü 19). Insgesamt sollen die Einkünfte für Lehrer höherer Bildungseinrichtungen in den letzten 20 Jahren um das 17,8fache gestiegen sein. Allein zwischen 1995 und 2002 stiegen die Gehälter für Hochschullehrer um etwa 180% (C.a., 2004/9, Ü 14; 2002/9, Ü 17). 2004 lag das Grundgehalt eines Hochschullehrers im Durchschnitt bei 26.263 Yuan RMB (SSB 2005: 161).

Qualitätsmanagement

Bei der Betrachtung des Qualitätsmanagements im chinesischen Hochschulsystem sind ebenfalls positive Entwicklungen erkennbar. Seit den 1980er Jahren existieren standardisierte Bewertungsverfahren und Qualitätskriterien. Auf zentraler Ebene fungieren als Qualitätssicherungsinstrumente der „Ausschuss für den akademischen Grad des Staatsrats“, der Standards für die drei akademischen Abschlüsse Bachelor, Master und Promotion definiert und Hochschulen und Forschungseinrichtungen qualitativ dahingehend überprüft, ob sie akademische Abschlüsse anbieten dürfen. Das Akkreditierungskomitee definiert Qualifikationsverfahren zur Bewertung von Hochschulen. Während zwischen 1985 und 1994 vor allem die Disziplin beurteilt wurde, wurde seit 1995 eine umfassendere Beurteilung vorgenommen. Im Zuge dieser Verschärfung konnten die 20% der 220 evaluierten Hochschulen bis zum Jahr 2001 identifiziert werden, die nicht die notwendigen Minimalstandards erfüllten. Eine neue Phase des Qualitätsmanagements setzte im Jahr 2002 ein. Seitdem werden Hochschulen in einem Fünfjahreszyklus von einer unabhängigen dritten Instanz, beispielsweise durch das „Staatliche Evaluierungsinstitut zur Bereitstellung von Bildung mit akademischen Abschlüssen“, umfassend bewertet. Derzeit gibt es in der VR China folgende drei Arten der institutionellen Bewertung und Evaluierung von Hochschulen: die Qualifikationsbewertung, die Exzellenzbewertung und die Zufallsbewertung. Einer Qualifikationsbewertung müssen sich Hochschulen mit schwach ausgebildeten institutionellen Kapazitäten und wenig Erfahrung mit der Hochschullehre im Bachelorstudium unterziehen. Die Exzellenzbewertung richtet sich an Hochschulen mit guten institutionellen Kapazitäten, hohen pädagogischen Ausbildungsstandards und umfassender Erfahrung mit der Lehre im Bachelorstudium. Die Zufallsbewertung ist für Hochschulen bestimmt, die zwischen den beiden anderen Kategorien anzusiedeln sind. Das Ziel aller drei Bewertungsinstrumente ist die Bestimmung der Unterrichtsqualität und die Überprüfung der Unterrichtsbedingungen an den Hochschulen.

Auf Provinzebene gibt es zusätzlich noch lokale Bewertungskriterien (OECD 2003: 24f.).

Schwachpunkte der Hochschulpolitik

Die vorangegangenen Ausführungen haben verdeutlicht, dass die Verbesserung der Bildungsqualität seit Jahren Bestandteil der chinesischen Hochschulpolitik ist bzw. in Beschlüssen und Gesetzen bis in die jüngste Zeit immer wieder thematisiert wird. Trotzdem bleiben angesichts der anhaltenden Kritik an den mangelhaften und nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechenden Qualifikationen der Hochschulabsolventen, wie sie jüngst im Arbeitsbericht zur Tertiärbildung vorgebracht wurde, folgende Schwachstellen bei der Gewährleistung von Bildungsqualität im Hochschulwesen und in der Hochschulpolitik zu kritisieren:

Bildungsungleichheit

In der VR China herrschen erhebliche interregionale und intraregionale Unterschiede im Bildungszugang und damit dem Bildungsniveau, umfassende Bildungsqualität setzt jedoch Bildungsgleichheit voraus. Die Kluft lässt sich zum Beispiel am Zugang der ländlichen Bevölkerung zur tertiären Bildung zeigen. Während im Jahr 2004 nur 0,02% der ländlichen Bevölkerung über einen Hochschulabschluss verfügten, liegt der Prozentsatz bei der städtischen Bevölkerung bei 5,63 Prozent (C.a., 2005/4, S. 10-15). Zwischen den Ost- und Westprovinzen lässt sich der Bildungsunterschied gleichermaßen darlegen. So betrug die Zahl der Studenten an regulären Hochschulen in Zhejiang im Jahr 2004 knapp 572.759, in Guizhou mit 179.852 hingegen weniger als die Hälfte (SSB 2005: 703).

Unterfinanzierung

Unterfinanzierung und ungleiche Bildungsfinanzierung üben gleichfalls negativen Einfluss auf die Bildungsqualität an chinesischen Hochschulen aus. In absoluten Zahlen stiegen die staatlichen Bildungsausgaben in den vergangenen Jahren. Die Ausgaben pro Student dürften sich angesichts der anvisierten enormen Erhöhung der Studentenzahlen jedoch nur noch bei einer – bislang unwahrscheinlichen – deutlichen Erhöhung der Staatsausgaben weiterhin proportional verhalten. Im Februar dieses Jahres hatte die chinesische Regierung in ihrem „Staatlichen mittel- und langfristigen Entwicklungsprogramm für Wissenschaft und Technologie von

2006 bis 2020“ folgende Zielmarke bekannt gegeben: die Immatrikulationsrate soll sich relativ zur Alterskohorte zwischen 18 und 22 von 15% im Jahr 2002 auf 40% im Jahr 2020 steigern (Xinhua, 26.2.06, nach BBC PF, 17.3.06). Damit wäre nicht mehr nur das Kriterium für eine „Massenhochschulbildung“ voll erfüllt, sondern zusätzlich könnte China der Umsetzung einer „universellen Hochschulbildung“ (*puji gaodeng jiaoyu*), bei der der Anteil bei 50% liegen müsste, ein deutliches Stück näher kommen (Gao 2004: 219f.). Qualitätsunterschiede aufgrund der Bildungsfinanzierung sind auch angesichts der Konzentration staatlicher Finanzierung auf Schlüsseluniversitäten und -disziplinen im Rahmen des „Projekts 211“ und des „Projekts 985“ evident.

Erhöhung der Lehrerzahl statt Verbesserung der Unterrichtsqualität

In vielen chinesischen tertiären Bildungseinrichtungen wird zur Verbesserung der Lehrqualität z.B. schlicht auf die Erhöhung des Anteils der Lehrer mit hohen Bildungsabschlüssen wie Master oder Promotion gesetzt, in der Hoffnung, damit automatisch die Unterrichtsqualität zu erhöhen. Auch die Praxis, Hochschullehrern Gehaltszulagen für Forschungsprojekte und Publikationen wie Unterrichtsbücher zu gewähren, garantiert nicht, dass diese Belohnungen die Unterrichtspraxis verbessern. So genannte *soft skills* wie kritisches Denkvermögen und Kreativität können durch die Modifizierung von Curricula ebenfalls kaum unmittelbar verbessert werden.

Prozessorientierte Qualitätssicherung

Im Hinblick auf die Qualitätssicherung und das Qualitätsmanagement ist das derzeitige bildungspolitische Instrumentarium vor allem prozessorientiert, indem es in erster Linie auf die notwendigen Inputfaktoren wie Akkreditierung, standardisierte Curricula und Lehrmaterialien, Qualifikation der Lehrer, das Lehrer-Schüler-Verhältnis, Lehrausstattung und Finanzierung fokussiert. Ferner zielt es auf die Erhöhung der quantitativen Outputfaktoren ab wie die Zahl der Absolventen pro Jahr und die Zahl der veröffentlichten wissenschaftlichen Artikel, Abschlussarbeiten und Dissertationen. Zu wenig Aufmerksamkeit wird dabei dem Ergebnis von Bildungsqualität geschenkt, also dem Erfolg der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt. Dazu sind bei der Ausrichtung der Bildungs- und Hochschulpolitik viel stärker die durchschnittlichen Einkommen der Hochschulabsolventen,

die Arbeitslosenraten sowie die Lernfähigkeit und die Kompetenz der Absolventen zu berücksichtigen (OECD 2003: 47).

Eine Untersuchung der Beschäftigungsraten von Absolventen aus dem Jahr 2000 zeigt z.B., dass 95,8% der Absolventen mit einem Master oder einer Promotion einen Arbeitsplatz finden. Dagegen liegt dieser Anteil bei den Bachelor-Absolventen deutlich darunter. Ausschlaggebend ist für diese Hochschulabsolventen dabei ebenso, unter welcher Verwaltungshoheit die Hochschule steht. Die Beschäftigungsrate für Absolventen eines vierjährigen Studiums an einer Hochschule, die dem Bildungsministerium direkt unterstellt ist, liegt noch bei 90,1%. Bei denjenigen, deren Hochschule anderen zentralen Ministerien unterstellt ist, liegt sie bei 76,2%, bei denjenigen unter der Verwaltungshoheit der Lokalregierungen nur noch bei rund 70% (OECD 2003: 28).

Das Problem einer erfolgreichen und umfassenden Qualitätssicherung ist vor allem deshalb so akut, weil wegen der Erfolge in der Primär- und Sekundärbildung die Einschreiberaten auch ohne die bildungsplanerischen Vorgaben in den kommenden Jahren immer weiter steigen werden. Eine Balance zwischen Bildungsexpansion und -qualität muss deshalb schnellstmöglich hergestellt werden, um zumindest die qualitativen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration der Hochschulabsolventen in den Arbeitsmarkt zu schaffen.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die Steigerung der Bildungsqualität bislang hauptsächlich quantitativ auf die Outputfaktoren, dabei schwerpunktmäßig auf die Ausweitung der Absolventenzahl, orientiert war. Dies kann keine langfristige Verbesserung der Qualifikationsstruktur ersetzen, die den Markterfordernissen entspricht. Nur eine ergebnisorientierte Hochschulpolitik verwirklicht eine nachhaltige Verbesserung der Bildungsqualität, die sich in niedrigen Arbeitslosenzahlen bei Hochschulabsolventen und höherem Einkommen widerspiegelt. Die angeführten Defizite zeigen, dass eine umfassende Qualitätssicherung für alle Hochschulen auf jeder Verwaltungsebene dadurch erreicht werden kann, dass umfangreichere Qualitätssicherungsmechanismen und -standards eingeführt und ihre Aktualität überprüft werden. Anhand dieser Ergebnisse müssen die Richtlinien, Curricula, Hochschulaufnahmetests und die Ausbildungsinhalte für die Hochschullehrer verändert werden. Dabei kommt es vor allem darauf an, potenzielle Arbeitgeber an der Gestaltung in institutioneller Form teilhaben zu lassen. Die Zertifizierung tertiärer Bildungseinrichtungen auf allen Verwaltungsebenen könnte dabei in erster Linie von unabhängigen Dienstleistern durchgeführt werden.

Höhere Anforderungen an die Bildungsqualität

Die Ankündigung des Staatsrats, die Expansionsgeschwindigkeit im Hochschulwesen verringern und stattdessen die Qualifikation der Absolventen verbessern zu wollen, deutet darauf hin, dass die Regierung die Bedeutung von ergebnisorientierter Bildungsqualität erkannt hat, die durch Quantität nicht ersetzt werden kann. Da Bildungsqualität im Hochschulreformprozess immer wieder eine Rolle gespielt hat, stellt sich nun die Frage, warum der Staatsrat zu diesem Zeitpunkt einen weiteren Vorstoß unternimmt und dabei sogar den Hochschulzugang beschränken möchte – gilt die Verbreitung der Tertiärbildung in der Bevölkerung doch als wichtige Kennziffer des Fortschritts, des Modernisierungsgrades der Gesellschaft und der Innovationskapazität.

Abgesehen von der begrenzten Aufnahmekapazität des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen und der Gefahr von Studentenprotesten ist die Antwort vor allem in dem neuen Entwicklungskonzept der eigenständigen Innovation (*zizhu chuangxin*) zu finden, das die parteistaatliche Führung unter Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao seit dem Jahr 2004 mit Nachdruck propagiert. Hintergrund dieser Entwicklungsstrategie ist, dass die VR China bis zum Jahr 2020 zu einer globalen Führungsmacht aufsteigen soll. Die Regierung sieht in einer technologischen Unabhängigkeit die Voraussetzung für internationale Wettbewerbsfähigkeit. Diese kann nur erreicht werden, indem die eigene Innovationskapazität verbessert wird, in verstärktem Maße also indigene Innovationen hervorgebracht werden und die Abhängigkeit vom technologischen Know-how aus dem Ausland reduziert wird. Die Tatsache, dass diese Entwicklungsstrategie in dem jüngsten Entwicklungsplan für Wissenschaft und Technologie für den Zeitraum von 2006 bis 2020 sowie im 11. Fünf-Jahres-Programm von 2006 bis 2010 festgeschrieben ist, erhöht gegenüber früheren Plänen zur Steigerung der technologischen Leistungsfähigkeit den Druck auf eine erfolgreiche Umsetzung deutlich. Die Rückwirkungen der Entwicklungsstrategie auf das chinesische Bildungssystem sind nun ebenfalls umfassender. Zwar fasst das jüngste Entwicklungsprogramm für Wissenschaft und Technologie eine Ausweitung der Immatrikulationsrate in der Tertiärbildung auf 40% bis zum Jahr 2020 ins Auge. Wie Wen Jiabao im Nachgang des Arbeitsberichts zur Tertiärbildung Mitte Mai dieses Jahres erklärte, könne zur Verbesserung der Innovationsfähigkeit allerdings nicht mehr nur auf die Ausweitung der Quantität chinesischer Humansressourcen gesetzt werden. Im Vordergrund stehe stattdessen die Vermittlung

von qualitativ hochwertigen spezifischen Fähigkeiten, die im Berufsleben einsetzbar sind. Deshalb rief der Ministerpräsident dazu auf, bereits für die diesjährigen Hochschulabsolventen eine praktische berufliche Ausbildung bereitzustellen sowie die sekundäre Berufsausbildung und die Berufsausbildung für Erwachsene auszuweiten. Den chinesischen Bürgern würden dadurch alternative Angebote für Tertiärbildung in regulären Hochschulen unterbreitet (Xinhua, 10.5.06, nach BBC PF, 12.5.06).

Literatur

- Bai Limin (2006), „Graduate Unemployment: Dilemmas and Challenges in China's Move to Mass Higher Education“, in: *China Quarterly*, Vol. 185, S.128-144
- Chapman, David; Adams, Don (2002), „The Quality of Education: Dimensions and Strategies“, in: Bray, Mark (Hrsg), *Education in Developing Asia*, Manila: Asian Development Bank, Comparative Education Research Centre and The University of Hong Kong
- Cody, Edward (2006), „Shrinking Opportunity on China's Campuses. Government Seeks to Limit Glut of Students Produced By a Booming Economy“, in: *Washington Post*, 12.5.2006, Online: <http://washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/05/11/AR2006051102049.html> (Aufruf: 15.5.06)
- Department of Development and Planning of the Ministry of Education of the PRC (DDPME) (2004), *Educational Statistics Yearbook 2003*, Beijing: People's Education Press (Chinesisch: *Zhongguo jiaoyu tongji nianjian 2003*, Beijing: Renmin jiaoyu chubanshe)
- Gao Shuguo (2004), „Berechnung der Verbreitung der Tertiärbildung in China“ (Chinesisch: *Zhongguo gaodeng jiaoyu pujihua yuce*), in: Gao Shuguo; Yang Xiaoming (Hrsg.), *Bericht zur kulturellen Qualität der chinesischen Bevölkerung* (Chinesisch: *Zhongguo renkou wenhua suzhi baogao*), Beijing: Verlag für gesellschaftswissenschaftliche Literatur, S.219-240
- Ministry of Education (MOE) (2006), *Wen Jiabao hört als Vorsitzender einer Sitzung des Staatsrats den Arbeitsbericht zur Tertiärbildung und betont, den Schwerpunkt auf die Verbesserung der Qualität zu legen* (Chinesisch: *Wen Jiabao zhuchi zhaokai guowuyuan dangwu huiyi tingqu gaodeng jiaoyu gongzuo huibao qieshi ba zhongdian fangzai tigao zhiliangshang*), 11.5.2006, Online: <http://www.moe.gov.cn/edoas/website18/info19520.htm> (Aufruf: 15.5.06)

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2003), *OECD Review of Financing and Quality Assurance Reforms in Higher Education in The People's Republic of China*, Paris: OECD

State Statistical Bureau of the PRC (SSB) (2005), *China Statistical Yearbook 2005*, Beijing: China Statistics Press (Chinesisch: Zhongguo tongji nianjian 2005), Beijing: Zhongguo tongji chubanshe